



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XIV/132 - 18. Juni 1959

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 81831 - 33

Fernschreiber 0896890

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1 - 2	<p>Ein Sieg für die betriebliche Mitbestimmung Rückblick auf die Betriebsrätewahlen 1959 Von Fritz Zschiesche, Referent für Betriebsfragen beim Vorstand der SPD</p>	99
3	<p>Nur Atempause in Frankreich Nach dem abgesagten Streik "Ursachen des Konfliktes dauern an" Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer</p>	48
4	<p>Ferhat Abbas und das Verhältnis Belgrad - Paris Von unserem Korrespondenten in Belgrad, Harry Schleicher</p>	43
5	<p>"Fall Böttcher" Der Kieler Landtag und sein CDU-Präsident</p>	48
6 - 7	<p>Geertruida Wijsmuller Ein Gespräch mit der Geschäftsführerin der Anne-Frank-Stiftung</p>	67

\* \* \*  
\* \*

Ein Sieg für die betriebliche Mitbestimmung

Von Fritz Zschiesche, Referent für Betriebsfragen beim Vorstand der SPD

Die Betriebsrätewahlen des Jahres 1959 sind beendet. Abgesehen von wenigen Grossbetrieben, deren Wahlturnus ausserhalb der normalen Legislaturperiode liegt, und den Betrieben des Saarlandes, wo die Wahlen erst im Herbst dieses Jahres stattfinden, haben die Betriebsbelegschaften in den zurückliegenden Monaten darüber entschieden, wem die verantwortungsvolle Aufgabe der Betriebsratsstätigkeit für die kommenden zwei Jahre zufallen soll.

Manchem Aussenstehenden mag es unverständlich erscheinen, mit welchem materiellen und ideellen Aufwand stellenweise um die Erringung von Betriebsratsmandaten gekämpft wurde, zumal die Übernahme einer Betriebsratsfunktion für den einzelnen weder eine materielle Besserstellung bedeutet noch seinem beruflichen Werdegang in der Regel besonders förderlich ist. Nicht einmal die von der beruflichen Arbeit in den Betriebsausschüssen freigestellten Betriebsräte vermögen aus dieser Tatsache einen persönlichen Nutzen zu ziehen, da sie in dieser Aufgabenstellung - mit zusätzlicher Verantwortung beladen - den ganzen Arbeitstag über ausschliesslich für die Regelung all der vielen kleinen und grossen Anstände und Misslichkeiten ihren Kolleginnen und Kollegen zur Verfügung stehen müssen. Niemand sollte sich darüber täuschen, mit welcher starker nervlichen und physischen Belastung dies fast ausnahmslos verbunden ist.

Die Betriebsverfassung, die, ausgehend von jener 1918 vom "Rat der Volksbeauftragten" erlassenen Verordnung über Tarifverträge sowie die Bildung von Arbeiter- und Angestelltenausschüssen und dem 1920 verabschiedeten ersten Betriebsrätegesetz, eine mehr als 40-jährige Entwicklung bis in unsere Zeit zurücklegte, regelt die Rechte und Pflichten der Arbeitnehmervertretung. Dies war durchaus keine geradlinige Entwicklung, sondern ein ständiger Kampf um den Ausbau der Arbeitnehmerrechte auf betriebliche Mitbestimmung und der ebenso ständig wiederholte Versuch reaktionärer Kräfte, diese Rechte der Arbeitnehmerschaft zugunsten jenes sattem bekannten "Herr-im-Hause"-Standpunktes einzuschränken. Niemand, der diese Materie einigermaßen kennt, wird guten Gewissens behaupten wollen, dass in dem schwer unekämpften 1952 von der Bundesregierung erlassenen und seitdem gültigen Betriebsverfassungsgesetz all die guten Ansätze auf Ausweitung der Arbeitnehmerrechte aus den bis dahin gültigen Länder-Betriebsrätegesetzen übernommen oder gar ausgebaut wurden.

Es erscheint durchaus berechtigt, einmal fern von jedem Parteienstreit die Frage aufzuwerfen, inwieweit der Stand unserer derzeitigen Betriebsverfassung den einmaligen Wiederaufbauleistungen einerseits und dem seither durch Fleiss, Können und Zuverlässigkeit unserer Arbeiter und Angestellten fundierten Leistungsvermögen der westdeutschen Wirtschaft überhaupt noch entspricht, etwa im Vergleich zu jenen Rechten und Machtpositionen in unserem Staats, die sich die Unternehmerschaft - unterstützt vom Gesetzgeber - inzwischen schon wieder gesichert hat und ständig weiter auszubauen in der Lage ist.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands hat sich in ihrem Aufruf zu den Betriebsrätewahlen - ihrer politischen Zielsetzung entsprechend - eindeutig die Position der Arbeitnehmer zu eigen gemacht. Durch diese kompromisslose Haltung unterschied sie sich wesentlich von den

fragwürdigen Manövern der CDU, deren Bundesparteiausschuss nach einer Meldung der "Welt" vom 30. November 1958 den Bundestagsabgeordneten Katzer beauftragte, den "christlich-sozialen" Kräften bei der Vorbereitung der Betriebsrätewahlen jede Hilfe zu geben. Was dabei als sogenannte "Christlich-soziale Betriebsaktion 1959" herauskam, wurde nicht nur von Arbeitstätigen selbst als parteipolitisches Störmanöver der CDU gebrandmarkt, sondern fand auch bis weit in christlich-soziale Kreise und Organisationen hinein schärfste Ablehnung und Missbilligung. Dieser unverblühte Versuch, die Arbeitnehmer bei den Betriebsrätewahlen in sich bekämpfende Lager aufzuspalten, wurde inzwischen durch das eindeutige Bekenntnis der Katholischen Arbeiterbewegung (KAB) zur CGD als der den katholischen Arbeitnehmer gemässen Gewerkschaft, als Auftrag jener Kräfte entlarvt, die von einem Punkt ausserhalb der Gewerkschaften und Betriebe her immer wieder versuchen, die Arbeitnehmerschaft in der Wahrnehmung ihrer Rechte und Interessen aktionsunfähig zu machen.

Dieser Anschlag ist kläglich gescheitert. Im Bergbau z.B. vermochte Katzers Betriebsaktion und die CGD zusammen nicht einmal so viel Mandate zu erringen, wie dies der CGD 1957 allein möglich war, nämlich nur 24 statt damals 31 Sitze gegenüber 5252 der IG Bergbau. Nach den seitens weiterer Industriegewerkschaften veröffentlichten vorläufigen Ergebnissen sieht es für die Betriebsaktion und CGD dort nicht viel besser aus. Der prozentuale Stimmenanteil der beiden Gewerkschaften in den verschiedenen Industriebereichen weist dies eindeutig aus.

So entfielen auf:

IG Metall	84,2 %	CGD	0,5 %
Gewerkschaft Nahrung, Genuss, Gaststätten	87,3 %	CGD	0,1 %
Gewerkschaft Holz	86,5 %	CGD	0,4 %
Gewerkschaft Textil-Bekleidung	95,0 %	CGD	0,1 %

Aber auch der Kommunisten war im Kampf um die Belegschaftsvertretungen, von wenigen Einzelbetrieben abgesehen, kein Erfolg beschieden. In diesem Jahre gab es keine Schlagzeilen-Meldungen über sensationelle KP-Erfolge. Im Gegenteil, es konnten eine ganze Anzahl Einbrüche, so etwa bei Büssing in Braunschweig oder auf der Hasper Hütte in Hagen, wieder bereinigt und durch Mehrheiten sozialdemokratischer Betriebsräte abgelöst werden.

Man sollte sich jedoch davor hüten, aus dem Blickwinkel parteitaktischer Erwägungen die parteipolitische Zusammensetzung der gewählten Betriebsräte überzubewerten. Das sagen wir, obwohl wir wissen, dass zumindest im überschaubaren Bereich der Gross- und Mittelbetriebe der Anteil sozialdemokratischer Betriebsräte die Zahl der Betriebsräte aller anderen Parteien und Gruppierungen bei weitem überragt. Wir sagen es aber auch aus den in einer jahrzehntelangen Betriebsräte-Praxis gesammelten Erfahrungen, dass gute Sozialdemokraten in den Betriebsräten immer die beste Gewähr für eine erfolgreiche Vertretung der Arbeitnehmerinteressen bieten. Das Wissen um ihre grosse politische Verantwortung für den Ausbau und die Festigung unserer jungen Demokratie in allen Betriebsräten zu verankern, scheint uns ein Politikum erster Ordnung zu sein. Daran mitzuwirken, sind alle aufgerufen, denen die betriebliche Mitbestimmung der Arbeitnehmer kein unliebsames Zugeständnis, sondern eine unabdingbare Voraussetzung für die demokratische Entwicklung unseres Staates bedeutet.

## Nur Atempause in Frankreich

Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer

Regime und Arbeiterschaft haben in letzter Stunde die entscheidende Auseinandersetzung aufgeschoben; es werden einige Zugeständnisse gemacht, die Widersacher bleiben aber auf ihren Positionen. Der Generalstreik ist verschoben, die Ursachen des Konfliktes bleiben aber bestehen.

Die Regierung, die vorher jede Verhandlung über Lohnerhöhungen ablehnte, ist jetzt bereit, mit den Eisenbahnern sofort über die Verteilung der "Produktionsprämie" dieses Jahres und ab November auch über Lohnerhöhungen für 1960 zu diskutieren.

Die drei großen Gewerkschaften, die sozialistisch, christlich und kommunistisch ausgerichteten Berufsverbände, haben daraufhin die Parole für sofortigen Generalstreik vorläufig zurückgezogen. Es ist interessant, daß sich die Vertreter dieser drei Verbände im sozialistischen Gewerkschaftshaus versammelten, was noch vor kurzer Zeit unvorstellbar gewesen wäre. In ihrer Entschließung heißt es ausdrücklich: "Die Ursachen des Konfliktes dauern an". Wenn die Regierung ihr Versprechen nicht hält, kann der verschobene Generalstreik mit erhöhter Heftigkeit losbrechen.

Das Zusammenrücken und einheitliche Vorgehen der Gewerkschaften ist der wichtigste Faktor in der Bilanz dieser Juni-Bewegung. Der Versuch, die sozialistischen und christlichen Gewerkschafter gegen die kommunistischen auszuspielen, ist gescheitert. Die Minister mußten die Vertreter der drei Gewerkschaften gemeinsam empfangen und mit ihnen verhandeln. Die christlichen Gewerkschaften waren die ersten, die entschieden ihre Solidarität mit der gesamten Arbeiterschaft demonstrieren und es ablehnten, die Rolle von "Gelben" oder "Streikbrechern" zu spielen. Gemeinsam haben die drei Gewerkschaften gegen die Behauptung des Premierministers protestiert, hinter den Lohnforderungen der Eisenbahner stünde eine "politische Taktik". Gemeinsam haben sie gegen das Dekret der Zwangsmobilmachung und gegen die Einschränkung des Streikrechtes protestiert. Gemeinsam erfolgt auch der vorläufige Rückzug und Übergang zu "anderen Formen" der gewerkschaftlichen Aktion.

Das "Requisierungsdekret", durch welches die streikenden Eisenbahner mit Gefängnisstrafen bedroht wurden, mag dazu beigetragen haben, daß die Arbeiter erst ihre ganzen Kräfte sammeln wollen, ehe sie einen entscheidenden und folgenschweren Kampf wagen. Zersplitterte Streikbewegungen, wie in der Vierten Republik, kann sich die französische Arbeiterschaft im neuen Regime nicht mehr leisten.

Zugleich entwickeln sich die Lohn- und Solidaritätsbewegungen in allen anderen Schlüsselindustrien; die Pariser Verkehrsarbeiter, das Flugwesen und die Metallindustrie stellen ähnliche Forderungen und sind bereit, gegebenenfalls mit den Eisenbahnern in den Generalstreik zu treten. Auch im Landesmaßstab will man Zersplitterung vermeiden und bereitet sich auf größere und härtere Auseinandersetzungen vor. Die Pariser Wirtschaftszeitung "Echos" warnt daher vor leichtsinnigem Optimismus und beschwört die Regierung, die augenblickliche Atempause zu nutzen und nicht wieder "psychologische und taktische Fehler" zu begehen, weil sonst "ein noch gefährlicherer Konflikt droht".

Ferhat Abbas und das Verhältnis Belgrad-Paris

Von unserem Korrespondenten in Belgrad, Harry Schleicher

Ein antifranzösischer Sturm der Entrüstung weht durch den jugoslawischen Blätterwald! Beim Eintreffen einer Delegation des Gewerkschaftsbundes Jugoslawiens (GBJ), die am Kongreß des kommunistischen CGT (Confederation Generale du Travail) teilnimmt, wurde auf dem Pariser Flughafen Orly der Sekretär des Zentralrates des GBJ, Pavicevic, vom französischen Sicherheitsdienst ohne nähere Begründung für einige Stunden festgenommen.

Es wird wahrscheinlich niemals geklärt werden, was der formale Anlaß dieser französischen Maßnahme gewesen sein mag. Aber Formalitäten würden in diesem Zusammenhang auch nur auf eine falsche Spur leiten. Die eigentlichen Gründe dieser "kleinen Affäre", die nun zu einem zwischenstaatlichen Problem geworden ist, liegen so offen auf der Hand, daß man nur noch darüber verwundert sein mag, wie in dem einst klassischen Lande der Diplomatie und des Protokolls mit so durchsichtigen Mitteln gearbeitet wird.

Einige Stunden vor der Festnahme des jugoslawischen Gewerkschaftsfunktionärs in Paris waren in Belgrad die siebentägigen Gespräche des Regierungschefs der "provisorischen algerischen Regierung im Exil", Ferhat Abbas, mit der Veröffentlichung eines algerisch-jugoslawischen Kommuniqués beendet worden. Während dieses Besuches in Jugoslawien, der auch ein Treffen zwischen Staatschef Tito und Ferhat Abbas erbrachte, gehörte auch der in Paris festgenommene Pavicevic zu den bedeutenderen Gesprächspartnern der Algerier.

Es hätte kaum einer allzu großen Phantasie bedurft, um die direkte Verbindung zwischen diesen beiden Ereignissen herzustellen. Der französische Außenminister, der gerade für einige Tage Genf mit Paris eingetauscht hatte, entthob jedoch jeden Zweifler der Notwendigkeit des "tiefen Nachdenkens". Als der jugoslawische Botschafter in Paris Couve de Murville den Protest seiner Regierung überbrachte, wurde ihm zwar das "Bedeuern" über den Vorfall ausgedrückt. Gleichzeitig jedoch - und dies war wichtiger - protestierte der französische Außenminister gegen den Empfang Ferhat Abbas' in Jugoslawien und die Veröffentlichung einer gemeinsamen Deklaration, was Frankreich als eine "Einnischung in die inneren Angelegenheiten" ansehen müsse. Damit war der Zusammenhang zwischen dem Vormittagsereignis in Belgrad und dem Nachmittagsgeschehen auf dem Pariser Flughafen von zuständiger Stelle deutlich gemacht worden.

Was Jugoslawien betrifft, so ist dies bereits der zweite aufsehenerregende Zusammenstoß mit Paris. Vor Monaten beschlagnahmten französische Kriegsschiffe im Mittelmeer die Waffenladung eines jugoslawischen Schiffes, die, gemäß marokkanischen und jugoslawischen Versicherungen, für Marokko bestimmt gewesen sein soll. Frankreich dagegen behauptete, die Waffen seien für Algerien bestimmt gewesen.

" Fall Böttcher "

ma. - Am Montag begann im Kieler Landeshaus, dem Sitz von Landtag und Landesregierung, der parlamentarische Untersuchungsausschuss gegen den Präsidenten des schleswig-holsteinischen Landtages Dr. Walter Böttcher (CDU). Im Grunde wird der Ausschuss sich mit der Moral in der Politik unserer Tage zu befassen haben.

Sicher hat der CDU-Politiker, Landtagspräsident und Bürgermeister von Lübeck, Böttcher, nicht gegen bestehende Gesetze verstossen. Aber eben so sicher hat er seine Interessen und die seiner Familie in mehreren Bereichen zu betont wahrgenommen. Der Untersuchungsausschuss wird festzustellen haben, ob die Einflussnahme von Böttcher als hochgestellter Politiker und als höchster Repräsentant des demokratischen Staates in Schleswig-Holstein das moralische Zulässige überschritten hat.

Einstimmig hatte der Landtag von Schleswig-Holstein seinem Präsidenten die Immunität entzogen; ein einmaliger Vorgang in der Nachkriegsgeschichte des westdeutschen Parlamentarismus. Das war notwendig, damit das von Böttcher selbst erbetene beamtenrechtliche Disziplinarverfahren gegen ihn als Lübecker Bürgermeister in Gang gesetzt werden kann. Bekanntlich hatte die Lübecker Bürgerschaft mit 40 von 41 Stimmen Böttcher in einem ersten Wahlgang abgewählt. Das gewisse Unbehagen um den Fall Dr. Böttcher genügte als Grund nach der schleswig-holsteinischen Gemeindeverfassung dafür. Anschliessend war Böttcher einstimmig durch den Senat der Hansestadt - also auch hier wiederum mit den Stimmen seiner Partei - in Urlaub geschickt worden.

Das beamtenrechtliche Disziplinarverfahren wird nicht öffentlich sein. Es könnte im (nicht zu erwartenden) schlimmsten Fall Böttchers Bürgermeisterpensionen in Höhe von 1 600 Mark streichen. Das Interesse der Öffentlichkeit wird sich auf den parlamentarischen Untersuchungsausschuss konzentrieren. Vier Abgeordnete der CDU, drei der SPD sowie je einer von BHE, FDP und SSW werden unter Vorsitz des CDU-Abgeordneten von Heydebreck fünf Fragen und zugleich "moralische Vorhaltungen" auf das Mass der Zulässigkeit zu überprüfen haben. Die Fragen lauten:

- " 1. Hat Landtagspräsident Dr. Böttcher auf die Versetzung seiner Tochter Sabine unzulässigen Einfluss ausgeübt ?
2. Wie sind die Verhandlungen über die Verlängerung der Spielbanken-Konzessionsverträge vor sich gegangen? Hat dabei Dr. Böttcher versucht, ihm nahestehende Personen eine Beteiligung zu ermöglichen?
3. Lagen Umfang und Bedingungen der Kreditmittel, die Dr. Böttcher für die Durchführung privater Bauvorhaben in Anspruch genommen hat, im Rahmen des Üblichen?
4. Hat die Inanspruchnahme des Dienstwagens durch den Landtagspräsidenten Dr. Böttcher für die Fahrt an die französische Riviera im Rahmen der dafür anzulegenden Massstäbe gestanden?
5. Ist die Dissertation des Sohnes Stefan des Landtagspräsidenten Dr. Böttcher im Sekretariat des Schleswig-Holsteinischen Landtages niedergeschrieben und vervielfältigt worden? Auf wessen Kosten geschah das?"

Geertruida Wijsmuller

Von H.G. Sellenthin

Ich mußte Geertruida Wijsmuller aus Amsterdam, die 63-jährige Frau mit dem heißen Herzen und dem ungestümen Temperament, die "Tolle Greet" nennen, nachdem sie mir einige Stunden von ihren durch ganz Europa führenden Rettungsaktionen für jüdische Kinder in den Jahren 1933-1945 erzählt hatte. Und dann sagte ich es ihr auch, daß ich sie insgeheim nach dem Brueghel-Bild so genannt hatte, und sie lachte herzlich darüber und meinte: "Das kann stimmen".

Frau Wijsmuller trägt zwei Ehrenzeichen: das der holländischen Widerstandsbewegung und das Ehrenkreuz des Roten Kreuzes, das ihr vor einiger Zeit aus Deutschland für die Rettung vieler hunderter jüdischer Kinder verliehen wurde. Man muß an den Schweden Raoul Wallenberg denken, der in Ungarn jüdische Menschen aus den Klauen der Gestapo rettete und dann in Rußland verschollen ist.

Frau Wijsmuller, eine nichtjüdische Bankiersfrau, deren schlichte und volkstümliche Art einen Sozialismus des Herzens ausstrahlt, ist eine der mutigsten Frauen, die Europa in den letzten Jahrzehnten hervorgebracht hat. Unermüdlich hat sie Jahr um Jahr auf vielen Reisen durch Deutschland und alle anderen Länder, in denen Juden bedroht waren, Kindertransporte zusammengestellt und sie nach Holland gebracht, von wo sie in die angelsächsischen Länder, nach Shanghai und nach Südamerika weitergeleitet wurden.

Wie sie dazu kam? Sie weiß es selbst eigentlich nicht mehr. Es waren eben Menschen in Not. Dabei schlug sie - nur bewaffnet mit einem riesigen Regenschirm - der Gestapo oft die tollsten Kapriolen. Ein deutscher Grenzbeamter sagte einmal zu ihr: "Es ist eine Schande, daß Sie als arische Holländerin in einem Abteil mit Judenkindern fahren!" Ihre Antwort ist kaum wiederzugeben. So wurde sie auch mehrere Male nach der Besetzung verhaftet, sie kam jedoch immer wieder frei, weil sie die Warrin spielte und man glaubte, daß sie nicht alle fünf Sinne beisammen hätte." Das war meine Taktik" - so lacht Frau Wijsmuller heute herzlich.

Aber häufig hatte Frau Wijsmuller - wenigstens im Anfang - auch mit bürokratischen Behörden ihres eigenen Landes zu kämpfen, wenn sie

immer neue Kindertransporte ins Land brachte - meist mit eigenen Mitteln oder denen jüdischer Hilfsgemeinschaften. Denn wo sollte man diese Flut der Exilierten nur unterbringen? Auch den Ministerien in Den Haag gegenüber blieb sie unerbittlich, und bald beugte man sich ihrer Herzenslogik: es gab kein langes Fragen. Viele nannten sie damals "Die Verrückte", aber später erkannte man: ihre "Torheit" war die reinste Torheit, die des Menschenherzens. Heute nennt man sie die "Retterin jüdischer Kinder".

Frau Wijsmuller hat sich nach dem Kriege um den Aufbau der Anne-Frank-Stiftung sehr verdient gemacht. Sie ist heute die Geschäftsführerin dieser Stiftung in Amsterdam und verwaltet den Aufbau des Anne-Frank-Hauses in der Amsterdamer Prinsengracht, für das unlängst der Bundespräsident und die Bundesregierung einen sehr namhaften Betrag gespendet hat. Und doch werden alle Beträge, die bislang zur Verfügung stehen, noch nicht ausreichen, um den großartigen Plan, der bereits in der bautechnischen Verwirklichung ist, zu vollenden. Es entsteht nämlich, wie Frau Wijsmuller mir anhand der Architektenzeichnungen, Fotos und eines Filmes demonstriert, nicht nur ein Anne-Frank-Museum im Achterhuis, sondern eine Bibliothek, Unterkunftsräume für Studenten, ein Wohnheim für europäische Studierende und viele andere der Gemeinschaftsbildung Europas dienende Zimmer. Anne Frank ist hier nicht mehr als Einzelschicksal eines jüdischen Kindes von positiver Weiterwirkung, sondern als Symbol gelebter Menschlichkeit. Die Anne-Frank-Stiftung will der Solidarität junger Menschen im Geiste der Toleranz helfen. Frau Wijsmuller gehört zu denen, die ihr ganzes Leben in den Dienst einer Sache gestellt haben. Ich werde bei meiner Frage nach "ihren Kindern" an Josefina Baker erinnert, denn auch Frau Wijsmuller hat keine eigenen Kinder, so sehr sie sich welche wünschte, aber "tausende in aller Welt".

So wurde diese Frau aus der Nassaukade in Amsterdam, deren Weg täglich zur Prinsengracht führt, um den weiteren Aufbau des "Anne-Frank-Zentrums" zu überwachen, die dabei in engem Kontakt mit dem Vater Annes steht, zu einem Symbol einer neuen Welt: hilfsbereiter Gemeinsamkeit zwischen Menschen jeden Glaubens und jeder Rasse.

+ + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel